

s.C.41.124.1. - HN/di

Bern, den 28. Januar 1964

Herrn
Dr. Eberhardt Reinhardt,
Präsident der Generaldirektion
der Schweizerischen Kreditanstalt,
Z ü r i c h

Mein Lieber,

Mit grossem Interesse habe ich Deinen Brief vom 23. Januar mit den beigelegten Dokumenten, die Einblick gewähren in die Tätigkeit der "Association Internationale d'Etudes pour la Promotion et la Protection des Investissements Privés en Territoires Etrangers (A.P.P.I.)" gelesen.

Von Deinem Einverständnis gerne Gebrauch machend, habe ich die Botschafter in Buenos Aires und Lima insbesondere über das Schreiben vom 16. Januar an den argentinischen resp. peruanischen Präsidenten orientieren lassen. Es schien mir richtig, auch Herrn Minister Jolles, den Delegierten des Bundesrates für die Handelsbeziehungen mit Südamerika zu orientieren, und hoffe Dich damit einverstanden.

Die Bestrebungen der A.P.P.I., bei den Entwicklungsländern Verständnis zu schaffen für die Bedeutung, welche einer völkerrechtskonformen Behandlung der Altinvestitionen für das Investitionsklima und damit für den Umfang der neuen Privatinvestitionen zukommt, ergänzen zweifellos in bedeutender Weise die gleichgerichteten Bemühungen von Seiten der Bretton Woods Institute und von Seiten der Regierungen der Industriestaaten.

Auch wir arbeiten in der gleichen Richtung, einerseits im Versuch, konkrete Altinvestitionen zu schützen, wobei uns für Südamerika diejenigen in Argentinien seit langer Zeit Sorge bereiten, und andererseits im Bemühen, die Rechts-



- 2 -

regeln über den Investitionsschutz multilateral und bilateral zu verankern. Nachdem ein gewisses Netz von bilateralen Investitionsschutzverträgen mit afrikanischen Staaten bereits geschaffen werden konnte, hoffen wir, mit ähnlichen Vereinbarungen gelegentlich auch in Asien und Südamerika Fuss fassen zu können.

Die privaten und die staatlichen Bemühungen müssen Hand in Hand gehen, wenn ein gewisser Erfolg erreicht werden soll. So kann gerade die A.P.P.I. mit ihrem weitreichendem Einfluss in Industrie- und Finanzkreisen mit ihrer Arbeit auf die Bereitschaft zum Abschluss von Investitionsschutzverträgen hinwirken. Vor allem aber wird es an den Privaten sein, solchen Verträgen in der Folge den erwarteten Gehalt zu geben. Eine enge Zusammenarbeit und gegenseitige Orientierung sind somit unerlässlich. In diesem Sinne bin ich Dir auch für die wertvolle Orientierung sehr dankbar.

Wahlen